



Regionale Vielfalt vor der Bundestagswahl 2021

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

Sabine Pokorny

- › Die CDU erfreut sich in den meisten Regionen weit verbreiteter Beliebtheit. Die Nähe zur CSU beschränkt sich überwiegend auf Bayern.
- › Zur SPD gibt es eine grundsätzliche Nähe mit einzelnen Beliebtheitsspitzen in den meisten Bundesländern.
- › Die Grünen weisen eine hohe Beliebtheit mit regionalen Hochburgen in Westdeutschland, abgesehen von Berlin, auf.
- › Zur FDP gibt es nur eine geringe Nähe.
- › Bei der Linken zeigt sich ein deutliches Ost-West-Gefälle mit größerer Beliebtheit in Ostdeutschland.
- › Deutschlandweit am geringsten ausgeprägt ist die Nähe zur AfD, die gleichzeitig von allen Parteien am stärksten abgelehnt wird.
- › Bei der Politikverdrossenheit und den Fragen nach Steuern vs. Sozialstaat bzw. Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum gibt es nur geringe regionale Unterschiede. Vor allem in Teilen Sachsens und Thüringens wird Zuwanderung eher skeptisch gesehen.
- › Die Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung erfasst keine kurzfristigen, stark schwankenden, sondern grundsätzliche Einstellungen, die langfristig stabil und damit weniger abhängig von tagespolitischen Entwicklungen sind.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Regionale Verteilungen	2
Fazit	25
Daten und Methodik	26
Literaturverzeichnis	28
Impressum	29

Einleitung

Schon eine frühere Studie konnte zeigen, dass Deutschland vielfältiger ist, als die häufig gemachte Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland suggeriert (Pokorny 2020a). Zum einen gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, zum anderen zeigen sich aber auch regionale Besonderheiten innerhalb der Bundesländer. Und bei wieder anderen Einstellungen herrscht überraschende Einstimmigkeit in Deutschland.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Frage nachgegangen, welche regionalen Unterschiede es bezüglich der Nähe zu und Ablehnung von Parteien gibt.¹ Zeigen sich regionale Hochburgen? Zusätzlich wird die Verteilung des politischen Raumes untersucht. Sind manche politischen Orientierungen in einzelnen Regionen stärker ausgeprägt als in anderen? Wo leben besonders viele oder wenige politikverdrossene Menschen? Antworten auf diese Fragen sollen Landkarten geben, in denen die Umfrageergebnisse grafisch dargestellt sind. Die Karten zeigen somit die Verteilung von Einstellungen in den verschiedenen Regionen Deutschlands. Die genaue Methodik sowie die Datenbasis der Umfrage werden im letzten Kapitel detailliert beschrieben.

Regionale Verteilungen

Parteinähe: Partei mag ich sehr/etwas

Traditionell wird die Nähe zu einer Partei mit der sogenannten Parteibindung oder Parteiidentifikation erhoben. Obwohl sich das Konzept der Parteibindung seit Langem bewährt hat, besitzt es doch einige Schwächen. Zum einen lässt das Konzept nur die Bindung an eine einzige Partei zu. Mehrfachbindungen, die durchaus denkbar und sogar wahrscheinlich sind, können nicht erfasst werden. Zum anderen kann nur eine positive, aber keine negative Identifikation gemessen werden (Ambrasat 2017, Mayer 2015). Es ist aber durchaus denkbar, dass die Wahlentscheidung ebenfalls durch die starke Ablehnung einer Partei beeinflusst wird. Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein neues Konzept entwickelt und die Nähe zu und Ablehnung von Parteien mit der Frage erhoben, wie sehr man die jeweilige Partei mag, ablehnt oder ihr gleichgültig gegenübersteht. Auf diese Weise ist es jedem und jeder Befragten möglich, die Nähe zu einer oder mehreren Parteien, die Ablehnung von einer oder mehreren Parteien sowie die Gleichgültigkeit gegenüber einer oder mehreren Parteien zu äußern.

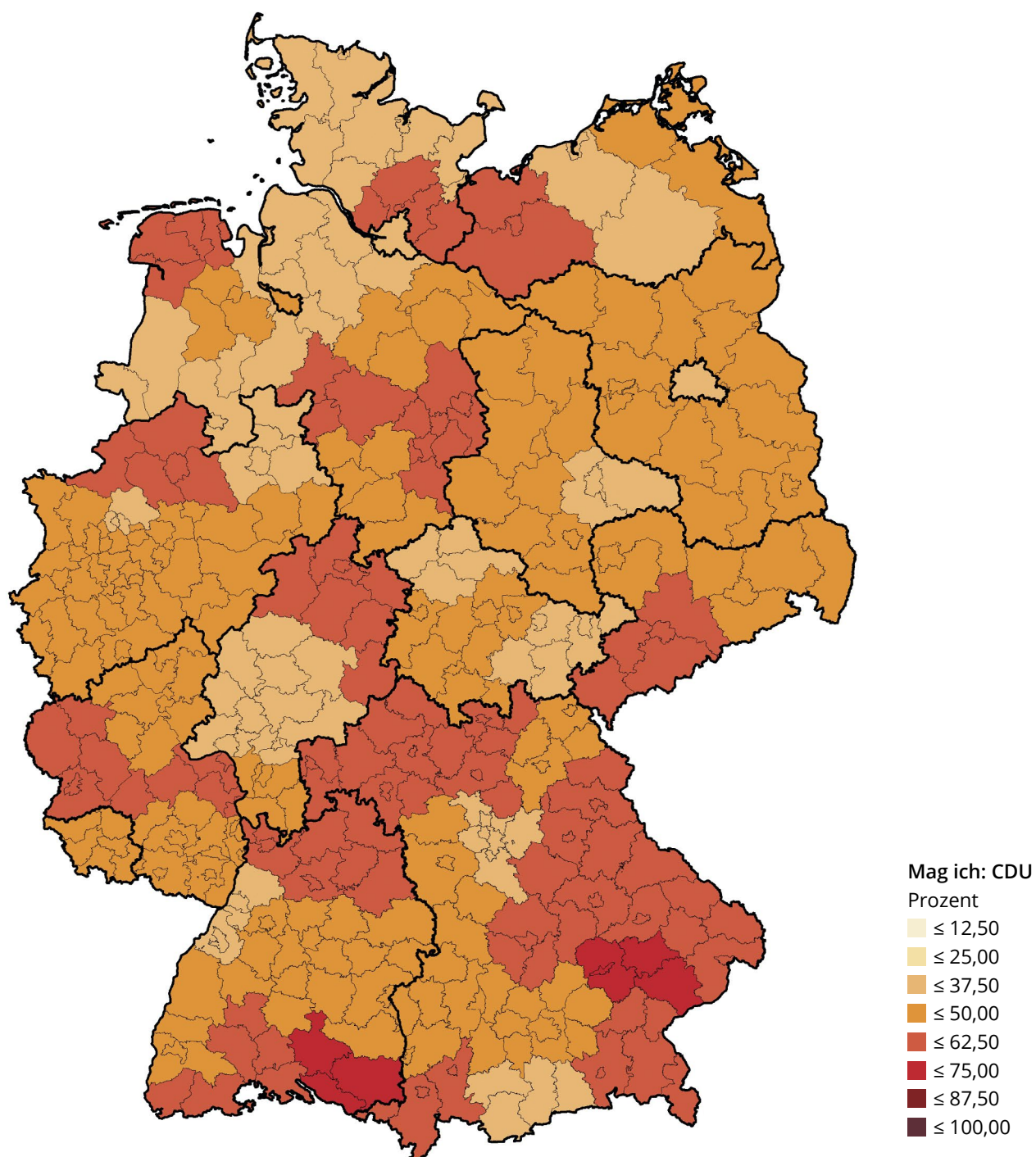
Parteinähe: Partei
mögen oder ablehnen

Zuerst wird die Parteinähe dargestellt. Die regionalen Verteilungen zeigen die prozentualen Anteile an Befragten, die angeben, eine Partei sehr oder etwas zu mögen. Bei allen Parteien wird dieselbe Skalierung der Prozentwerte verwendet. Insgesamt gibt es eine weit verbreitete Nähe zur CDU, regionale Hochburgen der Beliebtheit finden sich in den meisten Flächenländern. Die Nähe zur CSU beschränkt sich hingegen recht eindeutig auf Bayern. In Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gibt es allerdings auch einzelne Regionen

mit einer etwas stärkeren CSU-Nähe. Bei der SPD verhält es sich sehr ähnlich wie bei der CDU. Auch zu ihr gibt es eine grundsätzliche Nähe mit einzelnen Beliebtheitsspitzen in den meisten Bundesländern. Bayern gehört allerdings nicht dazu. Auch die Grünen weisen insgesamt eine hohe Beliebtheit auf. Ihre regionalen Hochburgen liegen allerdings, abgesehen von Berlin, alle in den westdeutschen Bundesländern. Wesentlich zurückhaltender fällt die Nähe zur FDP aus. Sie liegt in ihren Beliebtheitswerten deutlich hinter Union, SPD und den Grünen mit nur vereinzelt Regionen mit etwas größerer Nähe. Bei der Linken zeigt sich ein deutliches Ost-West-Gefälle. Insgesamt ist Die Linke in den westdeutschen Bundesländern wesentlich weniger beliebt als in den ostdeutschen Bundesländern, mit Ausnahme der Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Teilen Nordrhein-Westfalens. Deutschlandweit am geringsten ausgeprägt ist die Nähe zur AfD. In keiner Region geben mehr als 25 Prozent der Befragten an, die AfD sehr oder etwas zu mögen.

Weit verbreitete
Nähe zu CDU, SPD
und Grünen

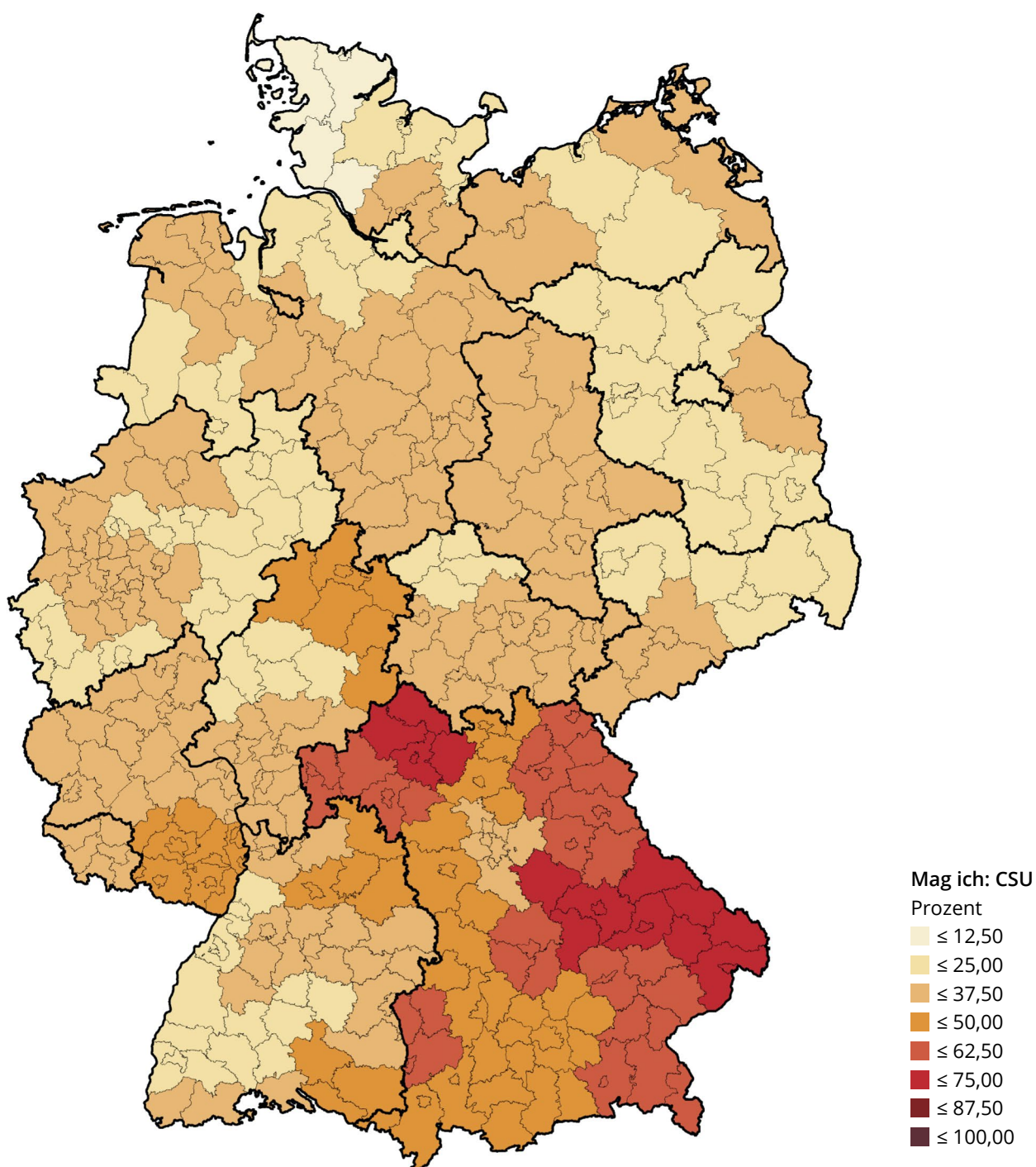
**Abbildung 1: Anteil an Personen, die die CDU mögen
(Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die CDU?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

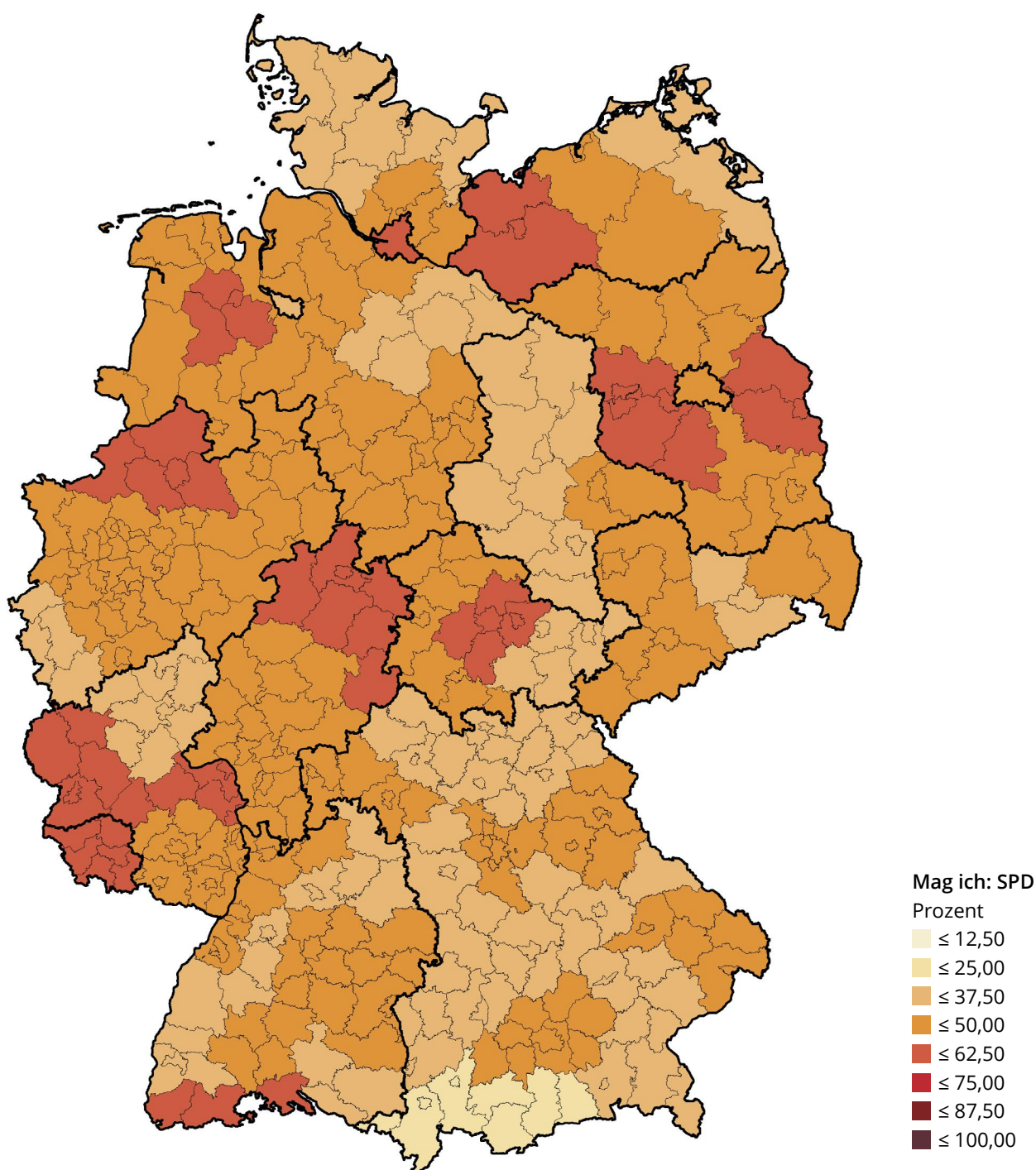
**Abbildung 2: Anteil an Personen, die die CSU mögen
(Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die CSU?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

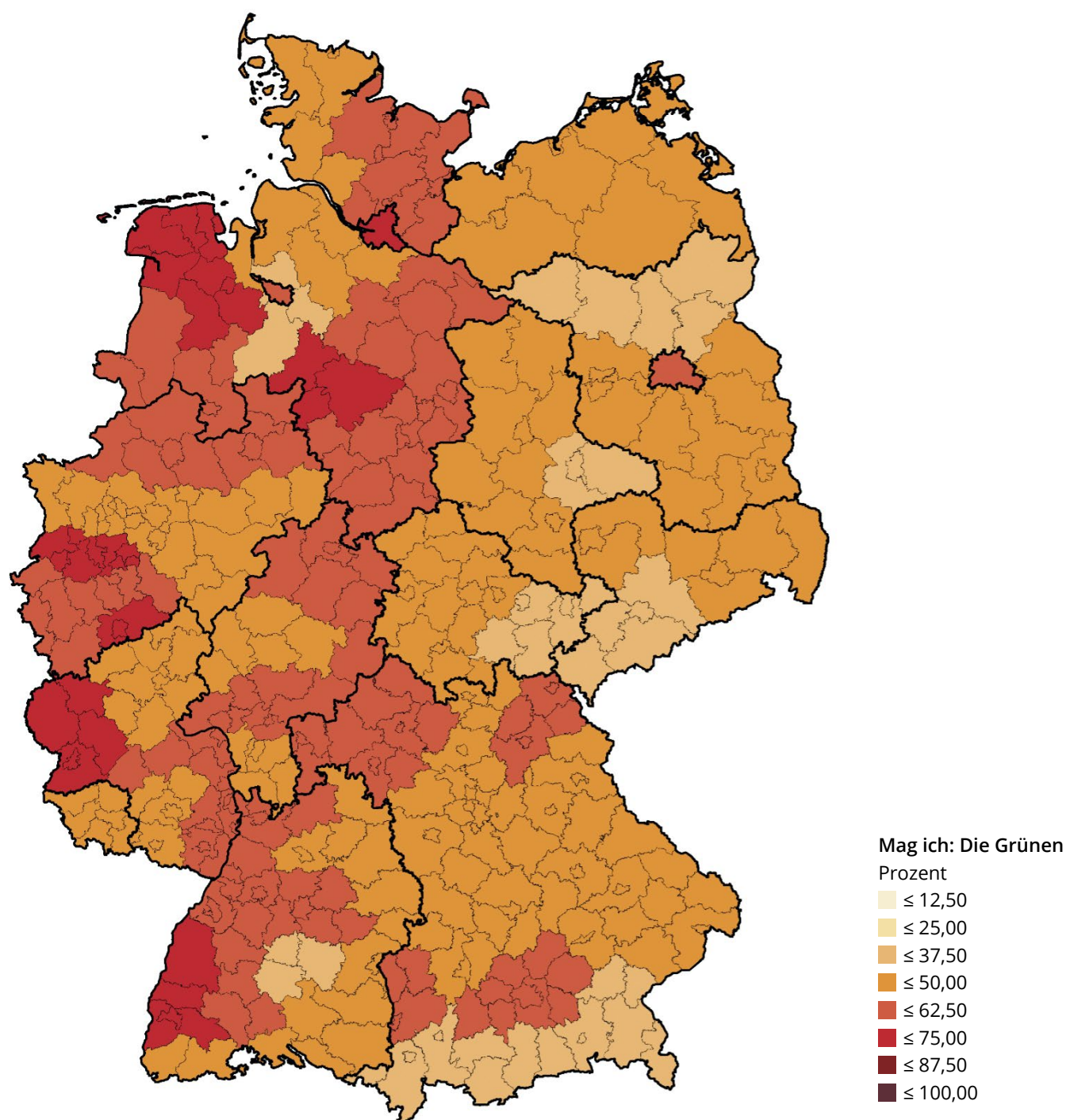
**Abbildung 3: Anteil an Personen, die die SPD mögen
(Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die SPD?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

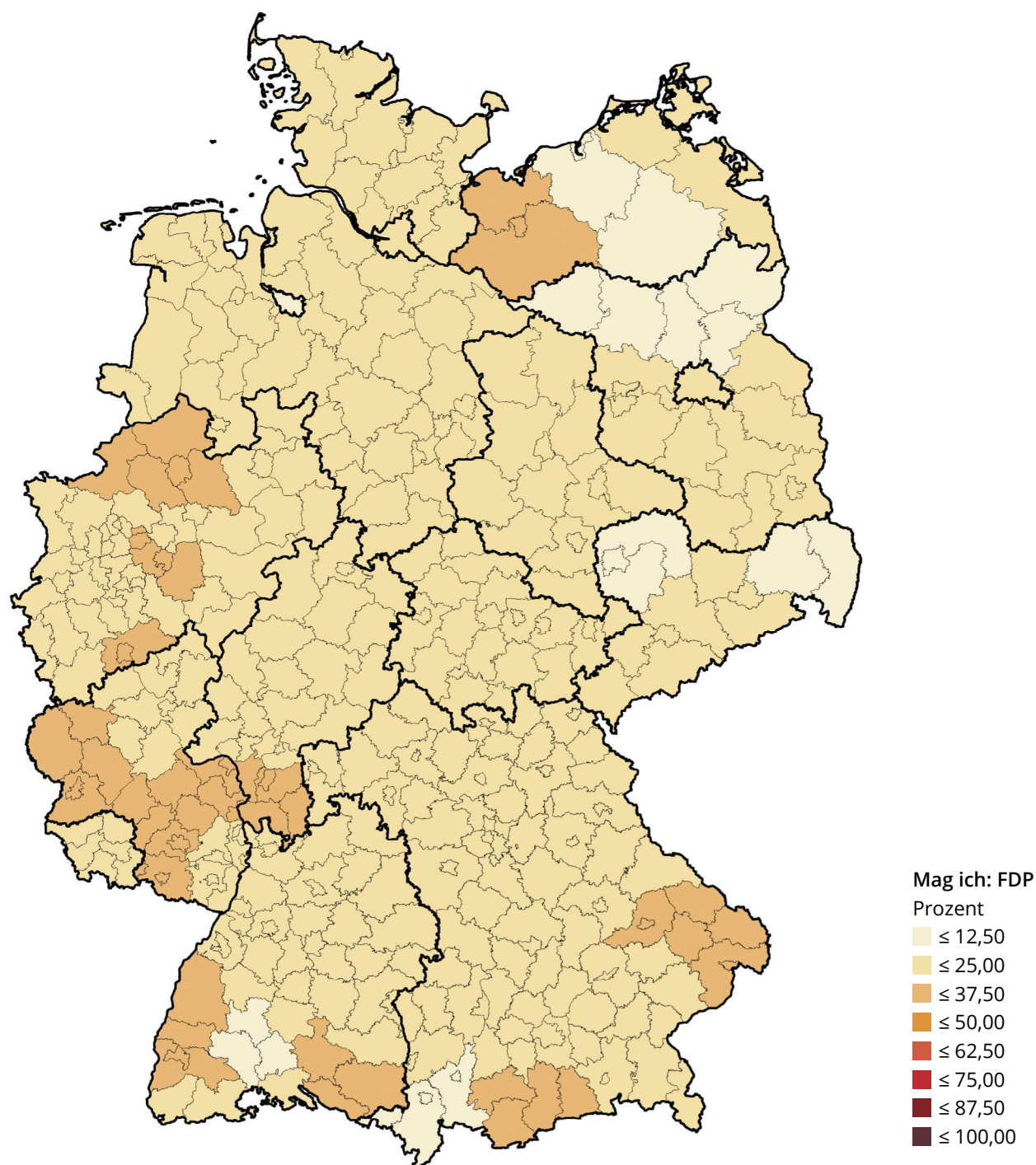
**Abbildung 4: Anteil an Personen, die die Grünen mögen
(Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die Grünen?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

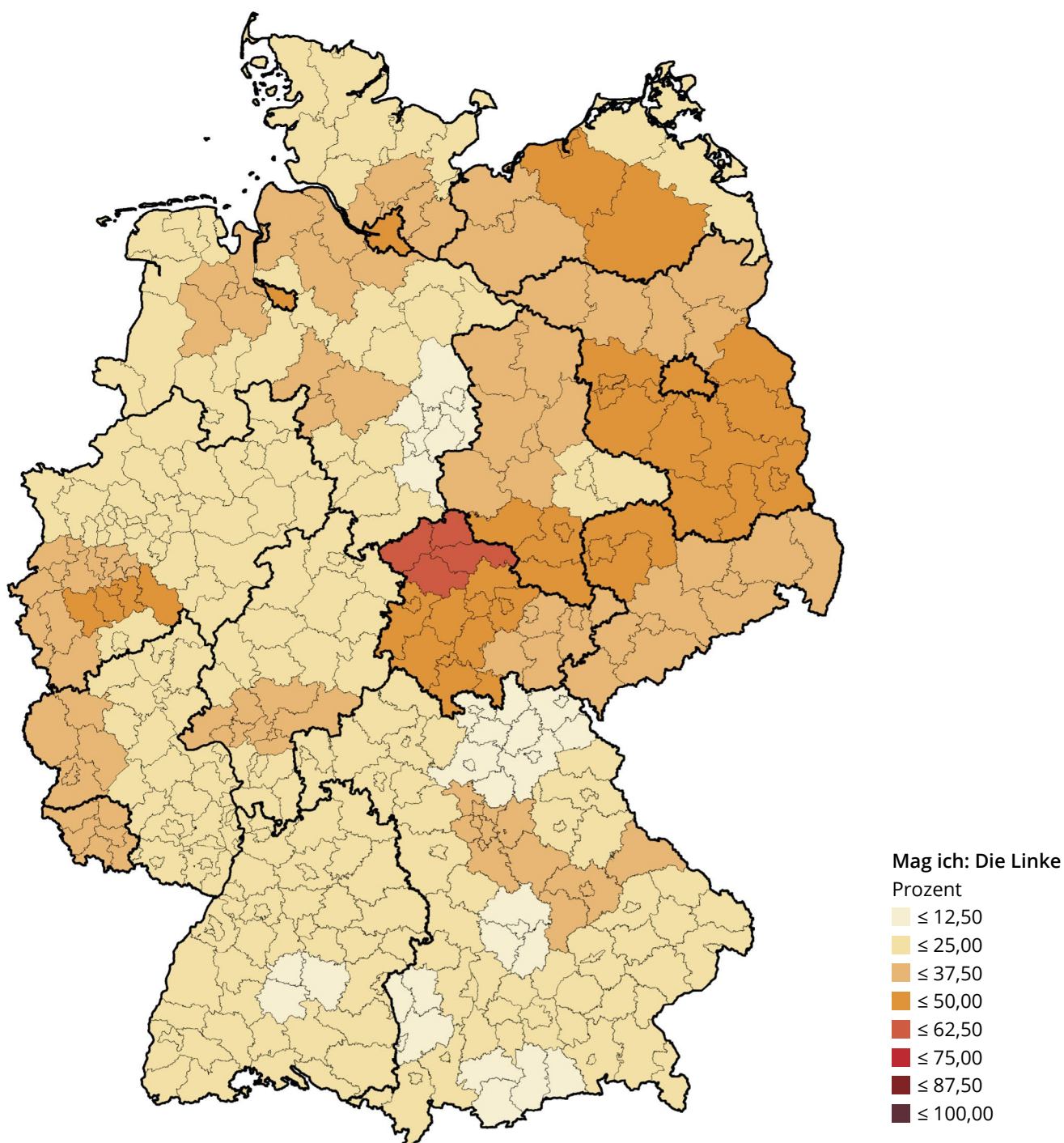
**Abbildung 5: Anteil an Personen, die die FDP mögen
(Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die FDP?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

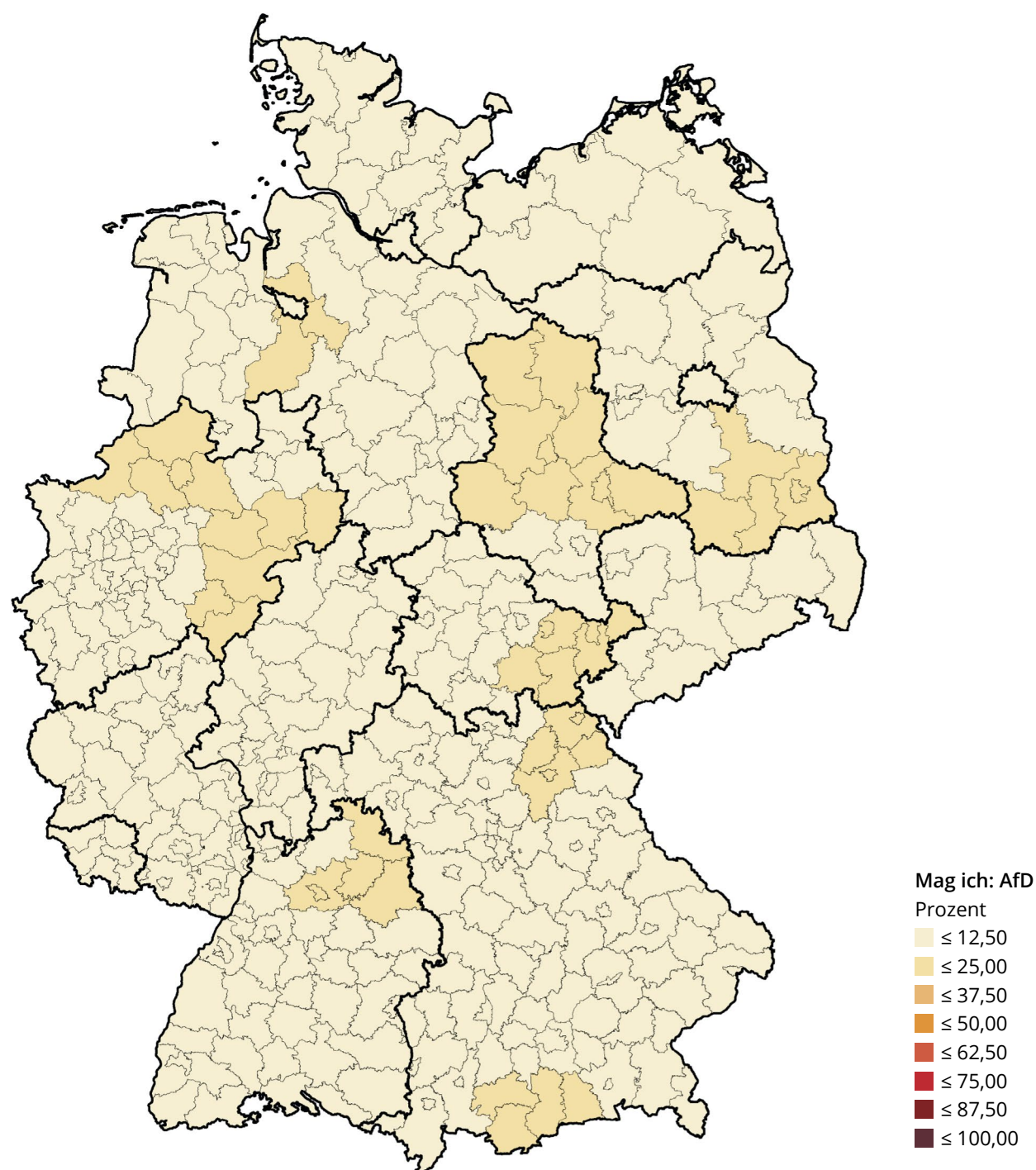
Abbildung 6: Anteil an Personen, die Die Linke mögen
(Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über Die Linke?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

**Abbildung 7: Anteil an Personen, die die AfD mögen
(Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die AfD?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

Parteiablenkung: Partei lehne ich sehr/etwas ab

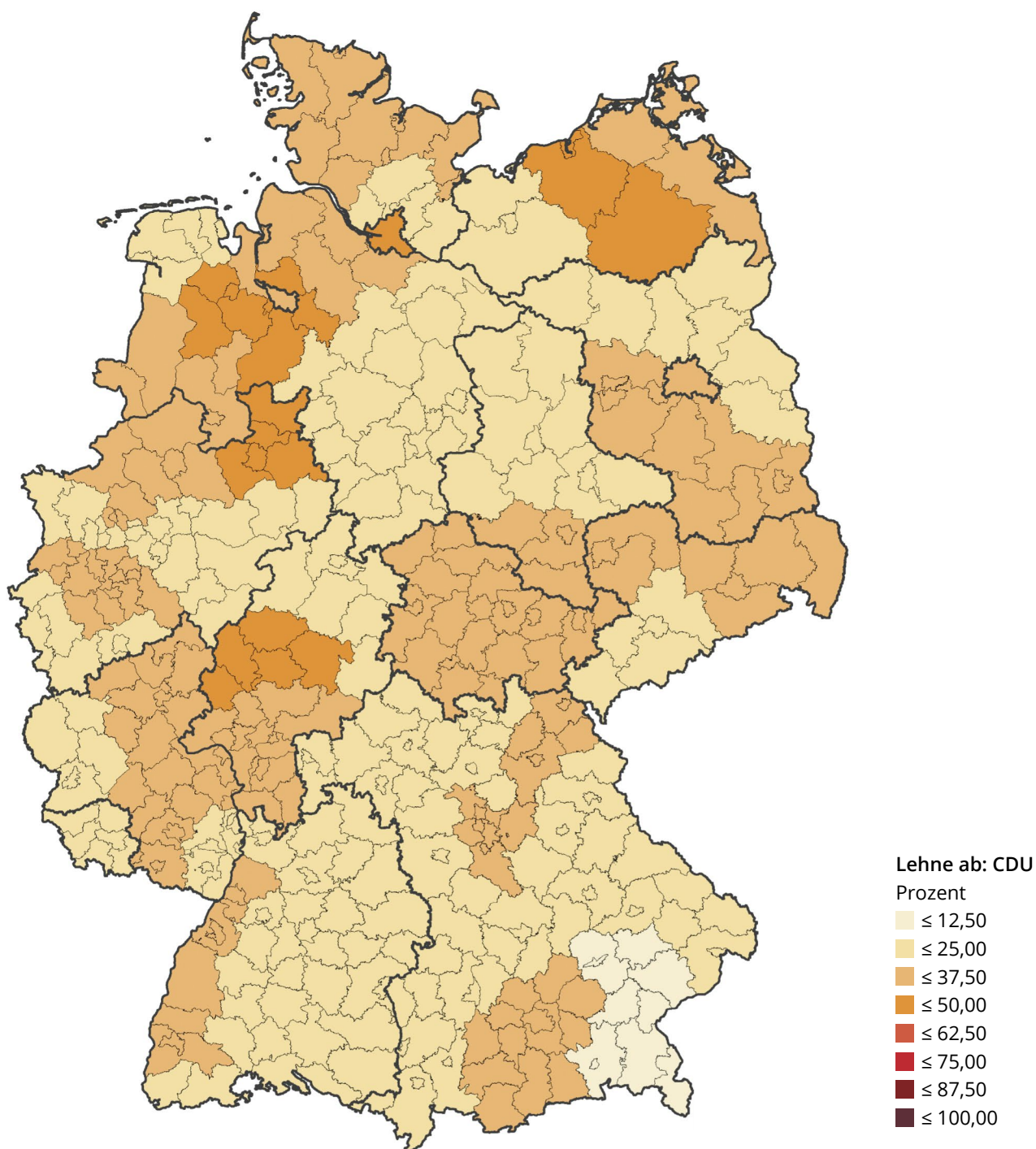
Die Parteiablenkung wurde mit derselben Frage erfasst wie die Parteinähe. Einziger Unterschied: Die regionalen Verteilungen zeigen nun die Prozentanteile an Befragten, die die jeweilige Partei sehr oder etwas ablehnen.

Dabei zeigt sich, dass sowohl CDU und SPD, aber auch die Grünen flächendeckend nur wenig Ablehnung hervorrufen. Bei den Grünen sieht man allerdings eine leichte Ost-West-Differenz, bei der die Ablehnung in den westdeutschen Bundesländern noch etwas geringer ausfällt als in den ostdeutschen Bundesländern. Bei der CSU ergibt sich hingegen ein leichtes Nord-Süd-Gefälle. Sie wird am wenigsten in Bayern, etwas stärker aber in den nördlichen Regionen Deutschlands abgelehnt. Bei der FDP ist deutschlandweit eine mittlere Ablehnung zu verzeichnen. Etwas stärker werden die Liberalen im Osten Nordrhein-Westfalens, im Norden Thüringens sowie in Bremen und Umgebung abgelehnt. Die Linke wird am wenigsten in Thüringen, aber auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern abgelehnt. Am stärksten fällt die Ablehnung der Linken in Bayern und Baden-Württemberg aus. Die AfD erfährt flächendeckend mit Abstand die meiste Ablehnung. Besonders ausgeprägt ist die Ablehnung der AfD in den westdeutschen Bundesländern, aber auch in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns und Thüringens.

Wenig Ablehnung
von CDU, SPD
und Grünen

Deutschlandweit
große Ablehnung
der AfD

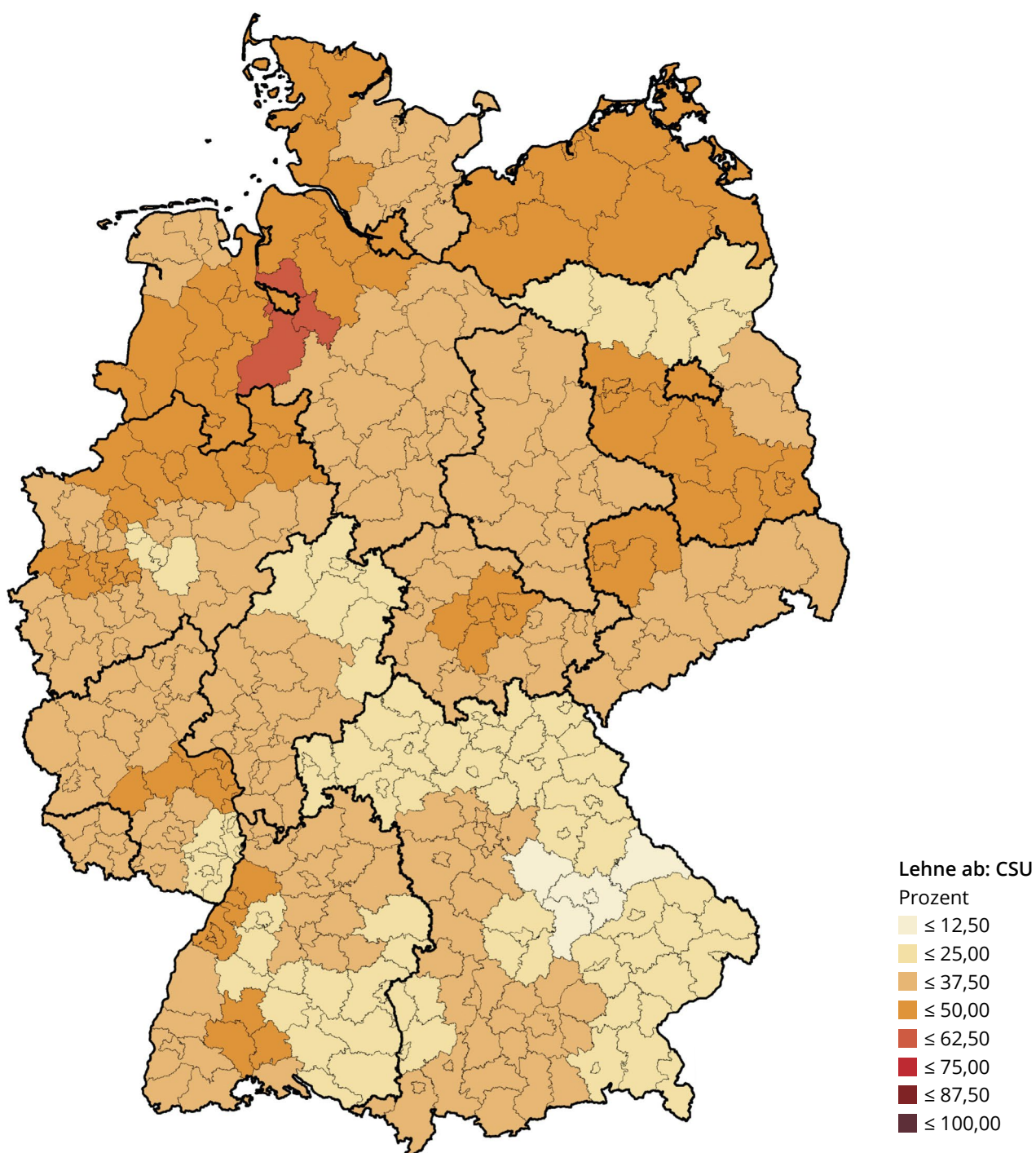
**Abbildung 8: Anteil an Personen, die die CDU ablehnen
(Antworten: lehne sehr ab/lehne etwas ab)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die CDU?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

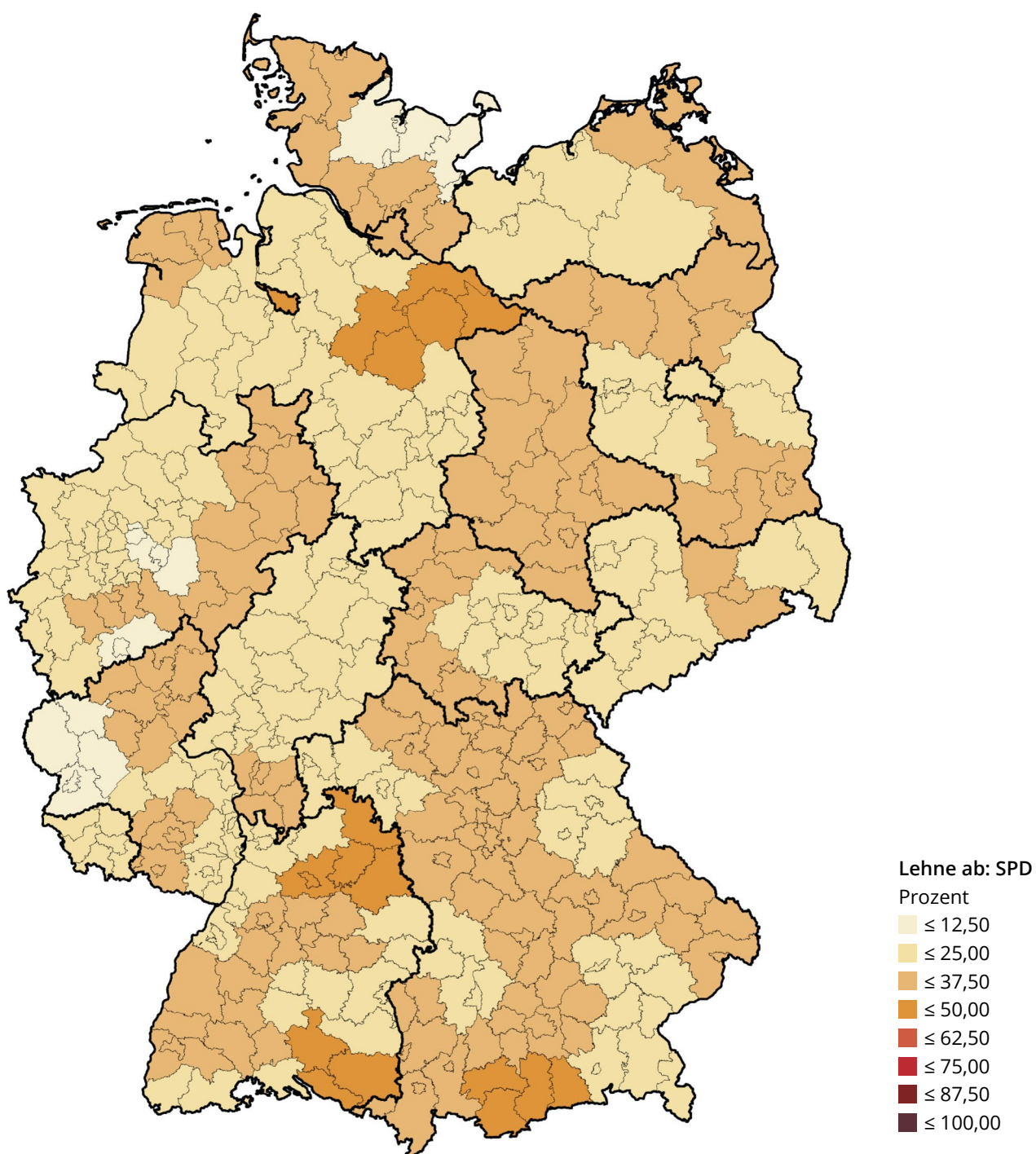
**Abbildung 9: Anteil an Personen, die die CSU ablehnen
(Antworten: lehne sehr ab/lehne etwas ab)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die CSU?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

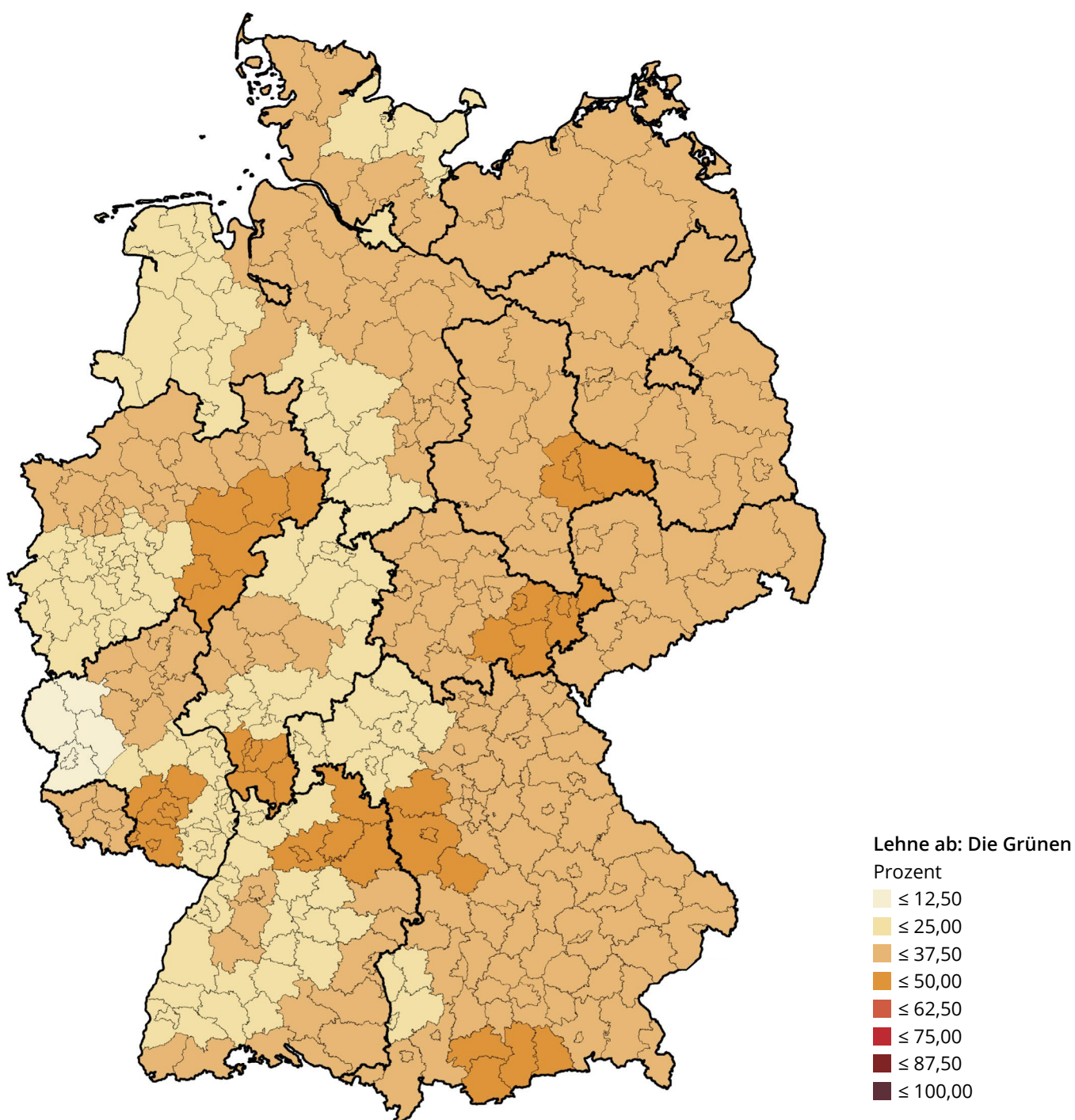
**Abbildung 10: Anteil an Personen, die die SPD ablehnen
(Antworten: lehne sehr ab/lehne etwas ab)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die SPD?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

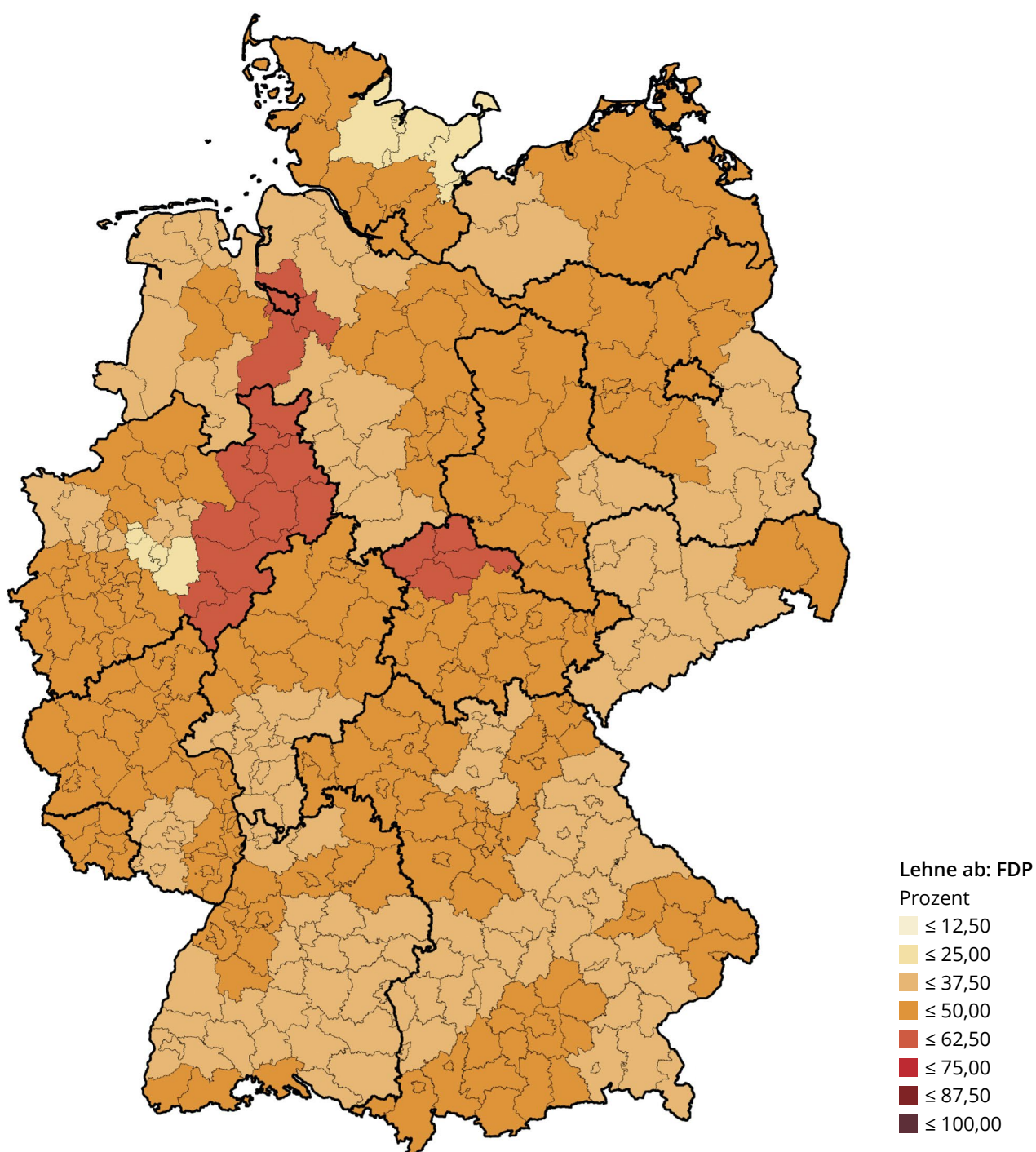
**Abbildung 11: Anteil an Personen, die die Grünen ablehnen
(Antworten: lehne sehr ab/lehne etwas ab)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die Grünen?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

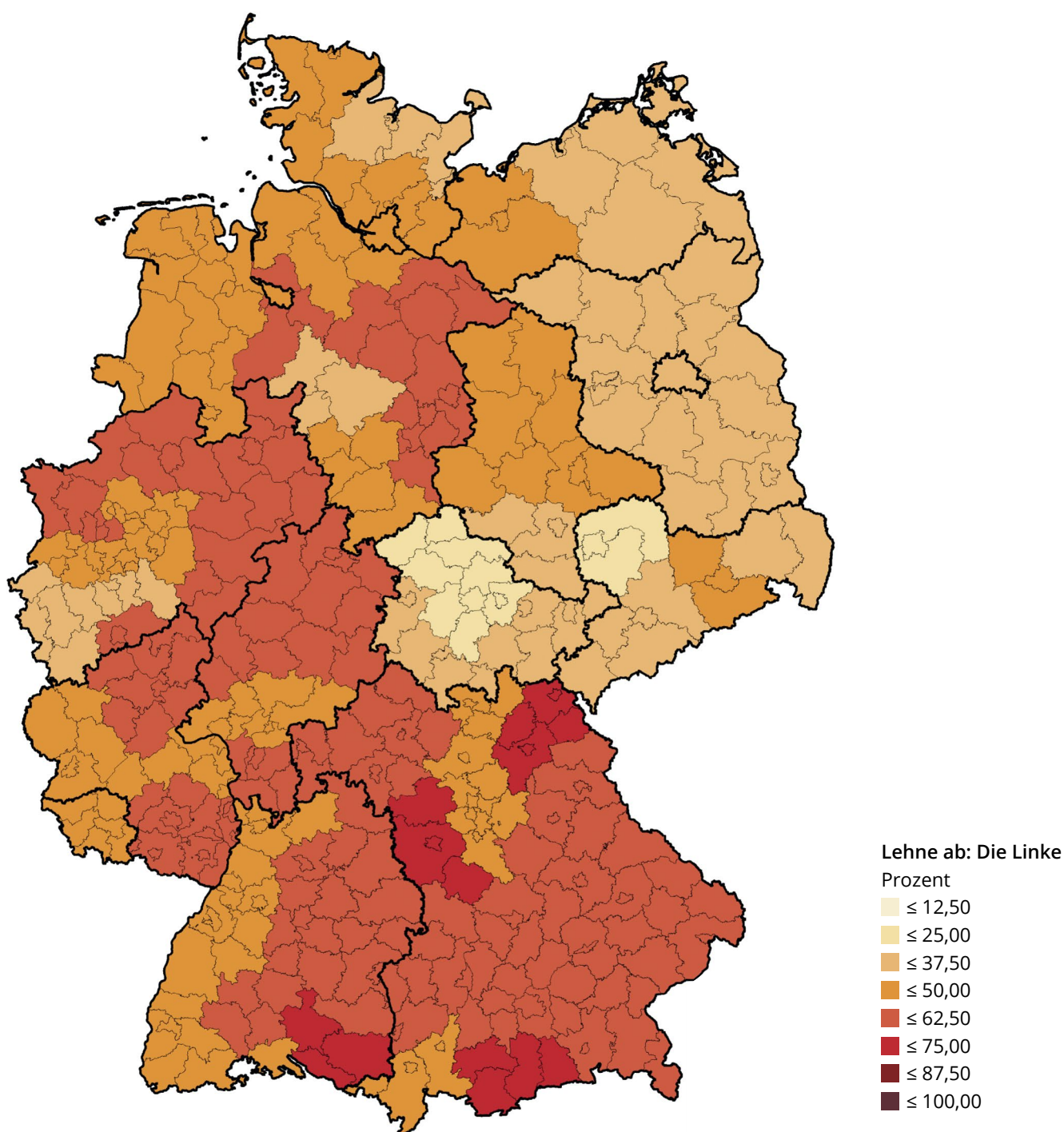
**Abbildung 12: Anteil an Personen, die die FDP ablehnen
(Antworten: lehne sehr ab/lehne etwas ab)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die FDP?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

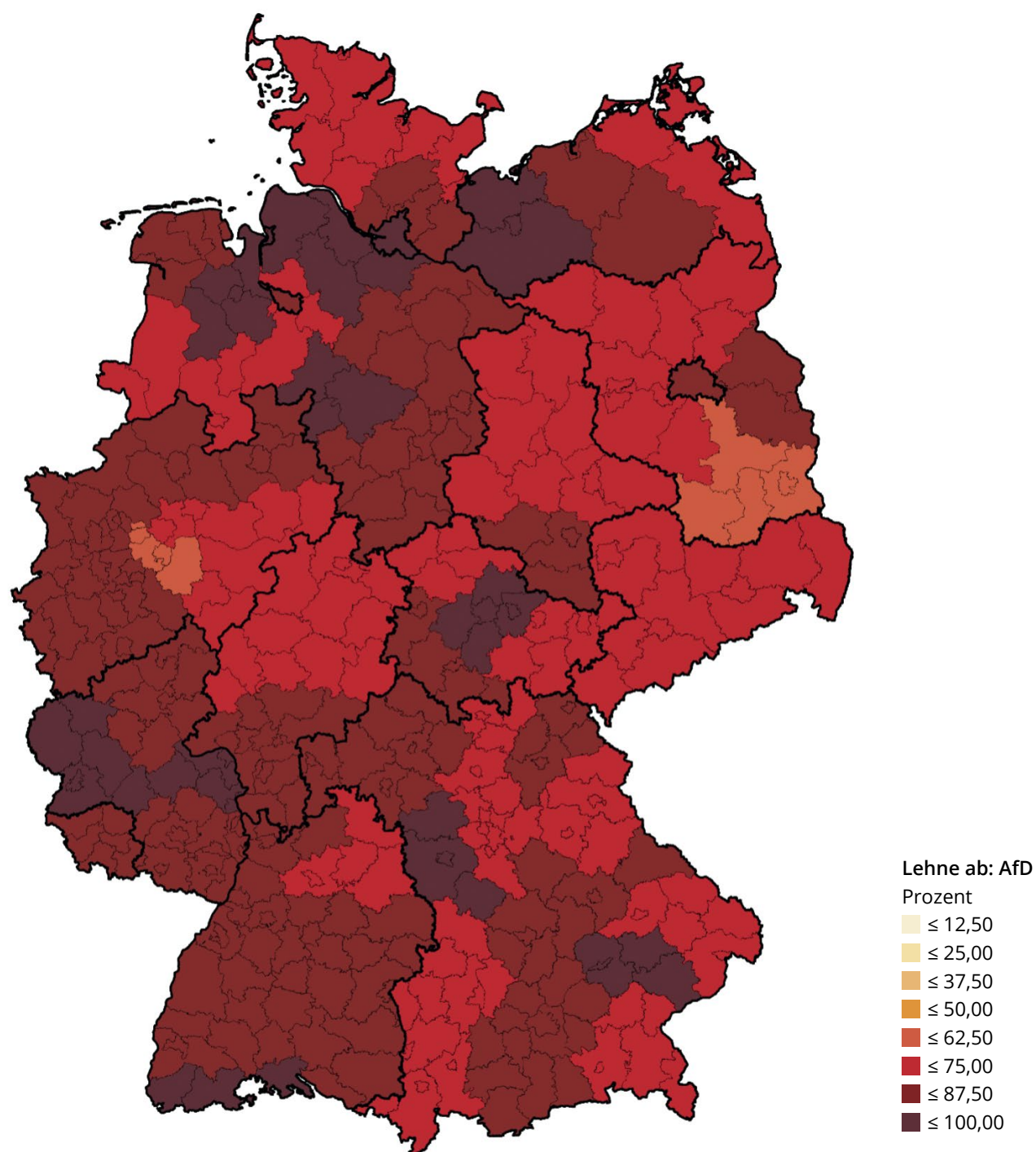
**Abbildung 13: Anteil an Personen, die Die Linke ablehnen
(Antworten: lehne sehr ab/lehne etwas ab)**



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über Die Linke?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

Abbildung 14: Anteil an Personen, die die AfD ablehnen
(Antworten: lehne sehr ab/lehne etwas ab)



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Prozent.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die AfD?“ Antwortkategorien: „mag ich sehr“, „mag ich etwas“, „ist mir gleichgültig“, „lehne ich etwas ab“, „lehne ich sehr ab“.

Politikverdrossenheit

Die Politikverdrossenheit wurde mithilfe dreier Aussagen gemessen, die zu einem Mittelwertindex zusammengefasst wurden²:

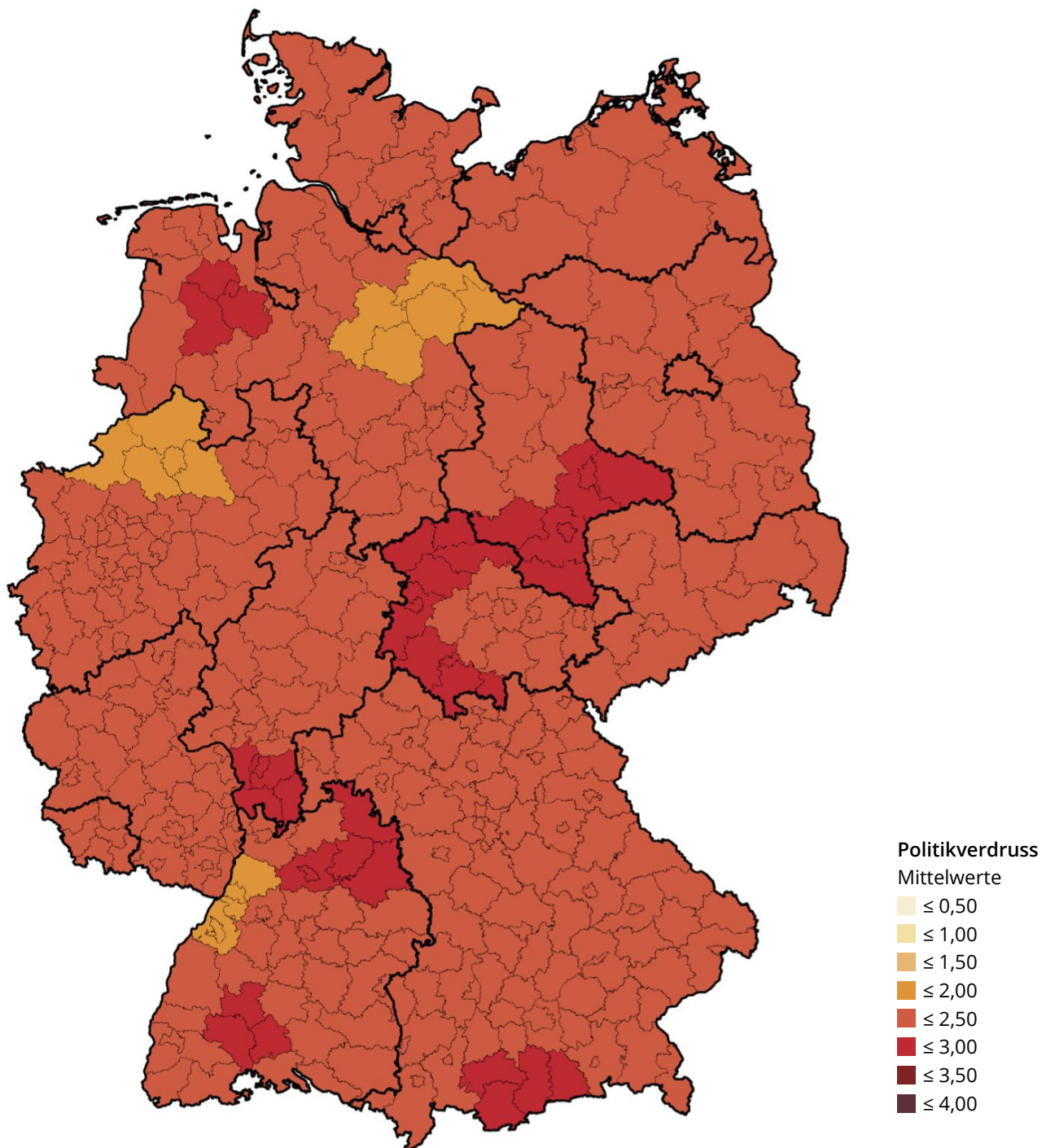
- › In der Politik geschieht selten etwas, was dem kleinen Mann nützt.
- › Die Abgeordneten interessieren sich kaum für die Probleme der Leute, von denen sie gewählt werden.
- › Politiker sagen einmal dies, einmal jenes, je nachdem, wie es ihnen in den Kram passt.

In den Index wurden alle Befragten aufgenommen, die bei mindestens zwei von den drei Aussagen gültige Antworten aufweisen. Der Wertebereich des Index reicht von 0 „stimme überhaupt nicht zu“, über 1 „stimme eher nicht zu“, 2 „teils-teils“, 3 „stimme eher zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“.

Für Gesamtdeutschland liegt der Durchschnittswert des Indexes Politikverdrossenheit bei 2,3, also zwischen den Antworten teils-teils und stimme eher zu, mit Tendenz zu teils-teils. Dieses Niveau ist in weiten Teilen Deutschlands sehr ähnlich. Lediglich in drei Regionen liegt die Politikverdrossenheit etwas niedriger: im Nordosten Niedersachsens, im Nordwesten Nordrhein-Westfalens rund um Münster sowie im Westen Baden-Württembergs in der Region Karlsruhe/Baden-Baden. Überdurchschnittlich hoch liegt die Politikverdrossenheit hingegen in der Region um Oldenburg, im Süden Sachsen-Anhalts, im Westen Thüringens, im Süden Hessens, im Nordosten Baden-Württembergs, in der Schwarzwaldregion sowie im Süden Bayerns in der Region Garmisch-Partenkirchen.

Eher geringe
regionale Unter-
schiede in der
Politikverdrossenheit

Abbildung 15: Durchschnittliche Politikverdrossenheit



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Mittelwerten.

Mittelwertindex von 0 bis 4 aus drei Aussagen bei mindestens zwei gültigen Antworten; Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen zustimmen: In der Politik geschieht selten etwas, was dem kleinen Mann nützt./ Die Abgeordneten interessieren sich kaum für die Probleme der Leute, von denen sie gewählt werden./ Politiker sagen einmal dies, einmal jenes, je nachdem, wie es ihnen in den Kram passt.“ Antwortkategorien: „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“.

Politischer Raum

Der politische Raum wurde mithilfe von drei Dimensionen erfasst:

- › einer sozioökonomischen Dimension: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu?“
- › einer libertär-autoritären Dimension: „Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu?“
- › einer ökologisch-ökonomischen Dimension: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu?“

Die regionale Verteilung zeigt die durchschnittliche Positionierung auf der jeweiligen Dimension auf einer Skala von 0 bis 10.

Für Gesamtdeutschland liegt der Durchschnittswert bei der Frage nach Steuern und sozialstaatlichen Leistungen bei 5,3. Die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung stuft sich im Durchschnitt bei der Frage nach dem Verhältnis aus Steuern und sozialstaatlichen Leistungen also ziemlich in der Mitte ein. Das gilt auch für viele Regionen in Deutschland. Allerdings gibt es ebenfalls viele Regionen, in denen sich die Befragten etwas weiter Richtung „weniger Steuern, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“ einstufen. Besondere regionale Auffälligkeiten zeigen sich nicht.

Bei der Frage nach Zuzugsmöglichkeiten für Ausländerinnen und Ausländer liegt der gesamtdeutsche Durchschnitt bei 4,8, also ebenfalls recht mittig. Allerdings zeigen sich etwas stärkere regionale Auffälligkeiten. Insgesamt befinden sich in den nördlichen und den westlichen Ländern mehr Regionen mit einem Durchschnittswert unter 5, in denen die Bürgerinnen und Bürger also etwas stärker zu einer Erleichterung der Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer tendieren. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Bayern überwiegen hingegen die Regionen mit einem Durchschnittswert über 5, also mit einer etwas stärkeren Tendenz zu einer Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten. Im östlichen Sachsen sowie im östlichen und süd-westlichen Thüringen liegen die Durchschnittswerte sogar zwischen 6,25 und 7,5. Hier werden recht deutlich Beschränkungen für den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern favorisiert.

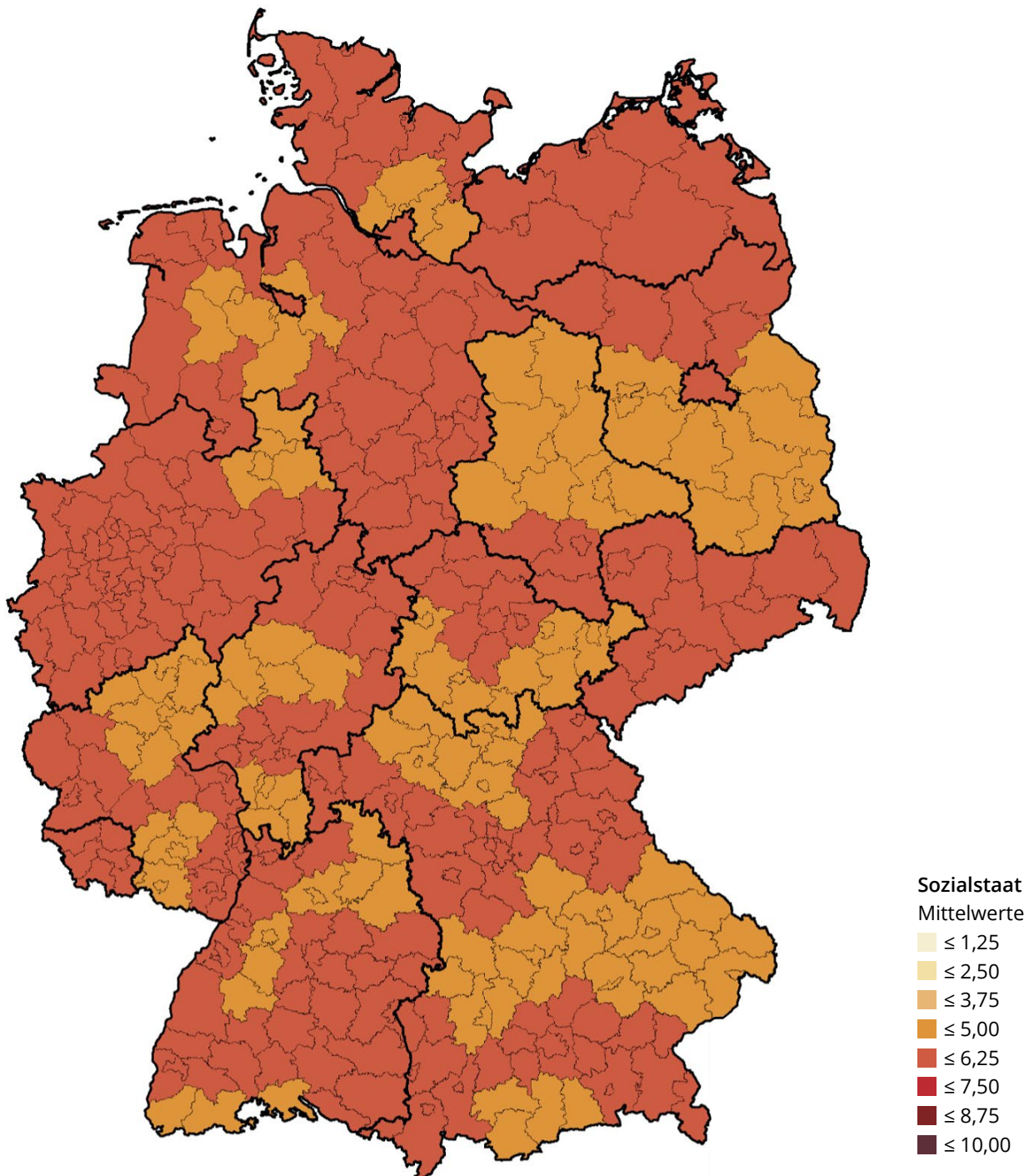
Bei der Frage nach Klimaschutz und Wirtschaftswachstum befindet sich die durchschnittliche Positionierung für Gesamtdeutschland bei 3,7, also mit deutlicher Tendenz, der Bekämpfung des Klimawandels den Vorrang vor dem Wirtschaftswachstum einzuräumen. In den ostdeutschen Bundesländern und Bayern gibt es allerdings auch eine Vielzahl an Regionen, in denen der Durchschnittswert zwischen 3,75 und 5 und damit über dem gesamtdeutschen Mittelwert liegt. Im Osten Sachsen-Anhalts liegt die einzige Region mit einem Durchschnittswert über 5. Hier überwiegt also etwas stärker die Meinung, das Wirtschaftswachstum sollte Vorrang haben vor der Bekämpfung des Klimawandels.

Kaum regionale
Unterschiede bei der
Frage nach Steuern
und sozialstaatlichen
Leistungen

Im Norden und
Westen mehr
Befürwortung von
Zuwanderung, im
Osten und Bayern
mehr Ablehnung von
Zuwanderung

In den meisten Regio-
nen Klimaschutz vor
Wirtschaftswachstum

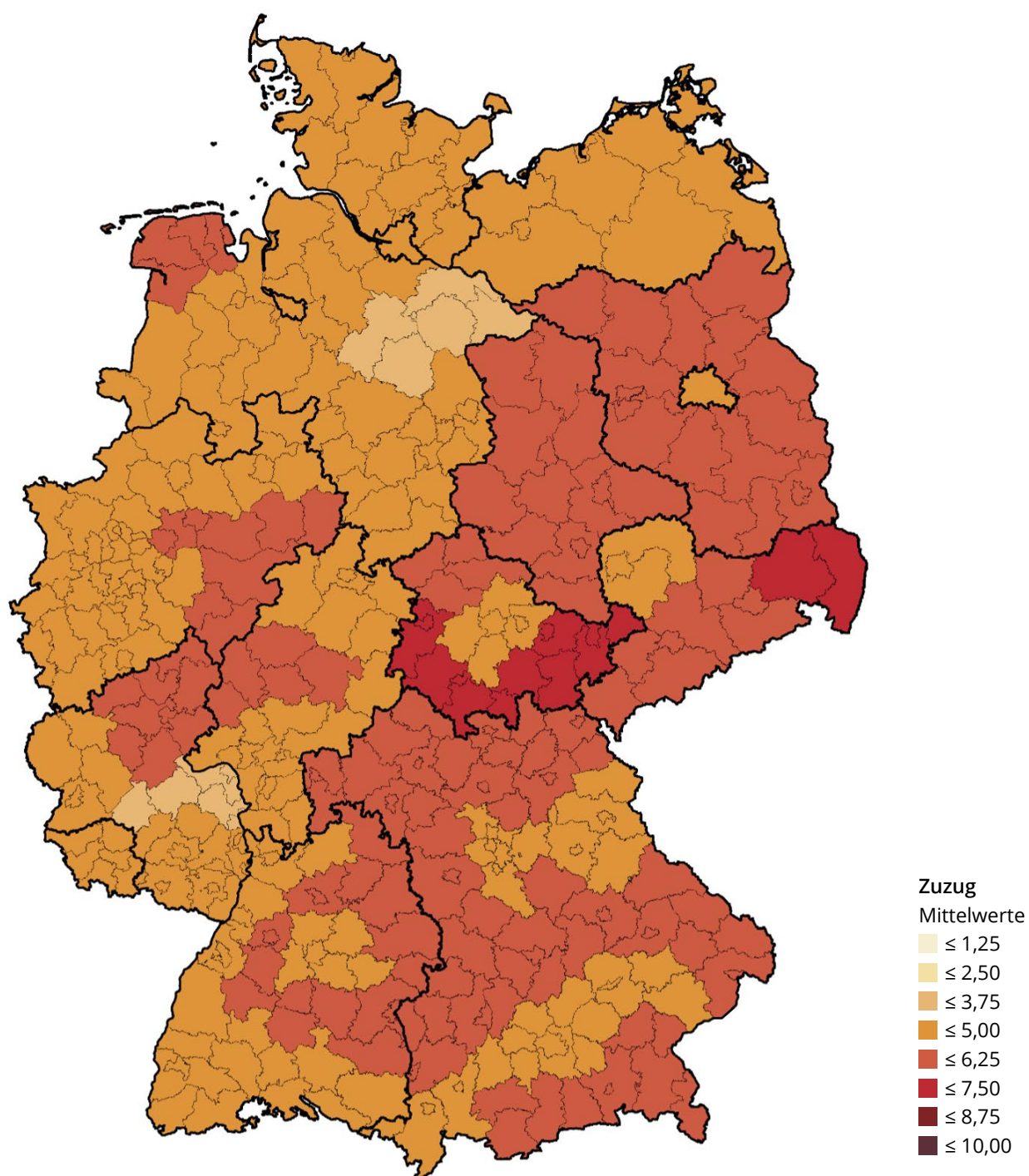
Abbildung 16: Durchschnittliche Positionierung auf der sozioökonomischen Dimension: weniger Steuern und weniger sozialstaatliche Leistungen versus mehr Steuern und mehr sozialstaatliche Leistungen



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Mittelwerten.

Frage: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu?“ Antwortkategorien: von 0 „weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“ bis 10 „mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“.

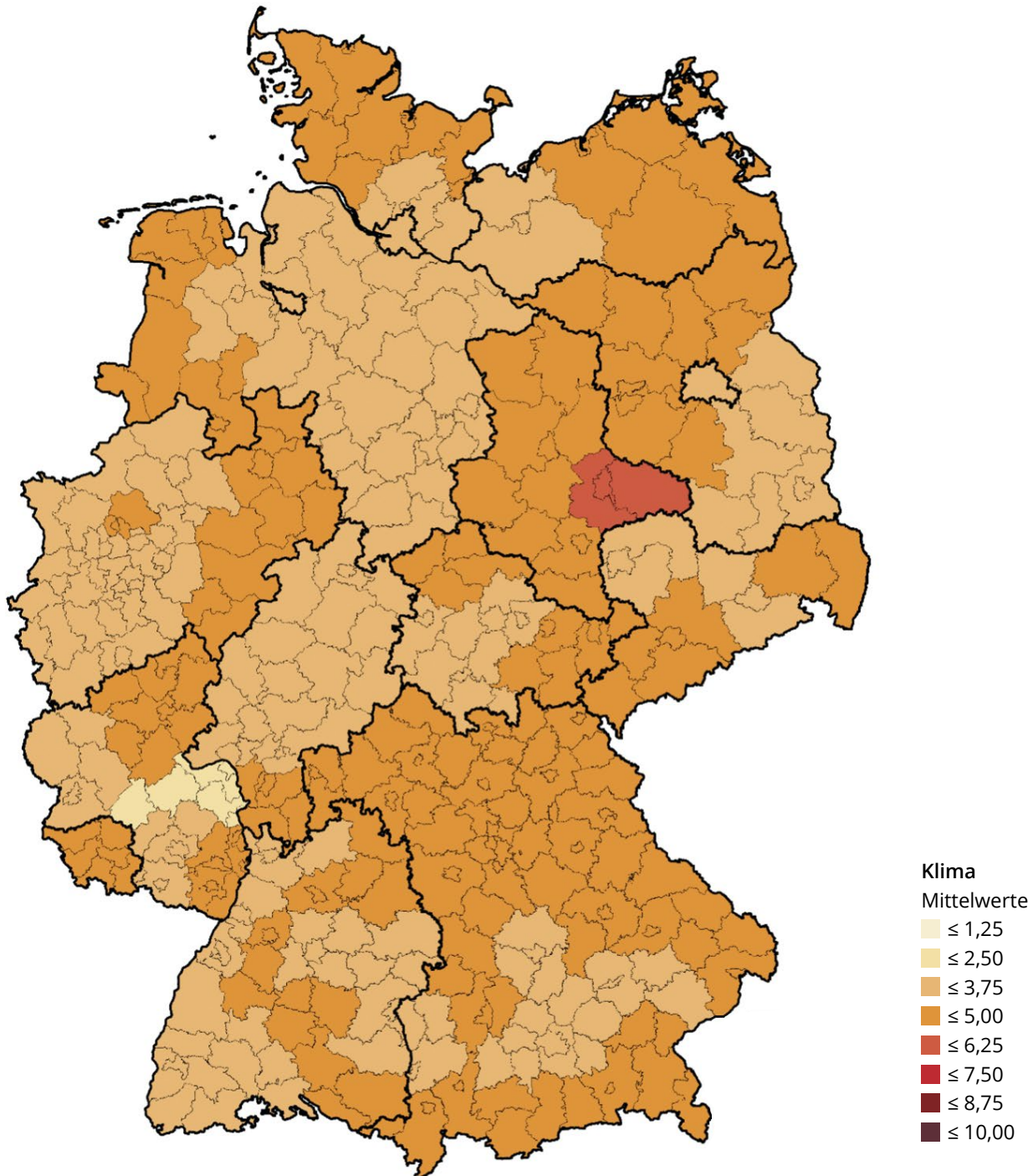
Abbildung 17: Durchschnittliche Positionierung auf der libertär-autoritären Dimension: Zuzugsmöglichkeiten erleichtern versus Zuzugsmöglichkeiten einschränken



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Mittelwerten.

Frage: „Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu?“ Antwortkategorien: von 0 „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ bis 10 „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“.

Abbildung 18: Durchschnittliche Positionierung auf der ökologischen-ökonomischen Dimension: Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels vor Wirtschaftswachstum versus Vorrang für Wirtschaftswachstum vor Bekämpfung des Klimawandels



Quelle: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020. Angaben in Mittelwerten.

Frage: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu?“ Antwortkategorien: von 0 „Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet“ bis 10 „Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“.

Fazit

Während eine frühere Studie deutliche regionale Unterschiede in den politischen Einstellungen herausarbeiten konnte (Pokorny 2020a), zeigen die vorliegenden Analysen eher geringe regionale Besonderheiten.

Zu CDU und SPD gibt es bundesweit eine große Nähe, auch wenn sich das nicht immer in Wahlergebnissen niederschlägt. Ein grundsätzliches Potenzial ist aber für beide Parteien fast flächendeckend mit einzelnen Hochburgen vorhanden.

Für die CSU zeigt sich wenig überraschend eine besondere Nähe in Bayern. Außerhalb Bayerns kann die CSU nicht mit ihrer Schwesterpartei mithalten.

Die Grünen weisen eine hohe Beliebtheit auf, die sich allerdings in den westdeutschen Ländern stärker manifestiert. Auch wenn die Beliebtheit der Grünen in Ostdeutschland geringer ausfällt, ist hier jedoch auch keine besondere Ablehnung der Grünen zu verzeichnen.

Anders verhält es sich bei der FDP. Die Liberalen weisen eine eher geringe Beliebtheit auf ohne besondere Hochburgen. Abgelehnt werden sie aber vor allem in Teilen Niedersachsens, Thüringens und Nordrhein-Westfalens, wo sie den Juniorpartner in der Landesregierung stellen.

Bei den Linken zeigen sich deutliche Beliebtheitsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland mit einer höheren Beliebtheit im Osten. Anders als bei den Grünen gibt es im Westen auch eine weit verbreitete Ablehnung gegenüber der Linken.

Anders als manch Landtagswahlergebnis vermuten ließe, zeigen sich keine besonderen Hochburgen der AfD in den ostdeutschen Ländern. Die AfD weist bundesweit im Vergleich mit den anderen Parteien eine sehr geringe Beliebtheit auf, zu der noch eine große Ablehnung hinzukommt. Bundesweit wird die AfD von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt, auch in den ostdeutschen Bundesländern.

Bei den untersuchten politischen Einstellungen gibt es auch eher geringe Unterschiede. Aufgrund mancher Wahlerfolge der AfD in den ostdeutschen Bundesländern wurde teilweise über eine mögliche stärkere Politikverdrossenheit in diesen Ländern spekuliert, die sich in der Wahl der AfD manifestiere. Die regionale Verteilung der Politikverdrossenheit kann diese Vermutung nicht bestätigen, da die Politikverdrossenheit bundesweit sehr ähnlich ausgeprägt ist.

Auch bei der Frage nach mehr Steuern und damit mehr Sozialstaat versus weniger Steuern und weniger Sozialstaat gibt es eher geringe regionale Differenzen, genauso wie bei der Frage nach mehr Klimaschutz oder mehr Wirtschaftswachstum. Etwas mehr Differenzierung zeigt sich dagegen bei der Frage nach der Erleichterung oder der Einschränkung von Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern. Hier gibt es in den östlichen und südlichen Bundesländern tendenziell mehr Regionen mit einer höheren Neigung, den Zuzug einzuschränken. Zudem fällt eine besonders hohe Ablehnung von weiterem Zuzug in Teilen Thüringens und Sachsens auf.

Die Analyse zeigt bestimmte regionale Besonderheiten, aber auch viele bundesweit einheitliche oder zumindest sehr ähnliche Stimmungslagen. Es zeigt sich, dass manche Parteien bundesweit eine hohe Beliebtheit und nur wenig Ablehnung erfahren, das jedoch nicht überall in Wahlerfolge umsetzen können. Andere Parteien wiederum haben regionale Hochburgen, die sich durchaus im Wahlergebnis niederschlagen. Und wieder andere sind wenig beliebt und werden größtenteils abgelehnt, können aber dennoch gewisse Wahlerfolge erzielen. Dem muss in weiteren Untersuchungen nachgegangen werden.

Daten und Methodik

Die vorliegende Studie ist Teil des Projektes „Vermessung der Wählerschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung³. Um regionale Unterschiede untersuchen zu können, benötigt man eine ausreichend hohe Anzahl an Befragten. Die USUMA GmbH hat deshalb im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 8. Juli bis 30. Dezember 2020 insgesamt 8.042 Personen befragt (Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.). USUMA gehört zu den führenden unabhängigen Meinungsforschungsinstituten Deutschlands. Zu den Kunden gehören u. a. das Robert Koch-Institut (RKI) und die sozialwissenschaftliche Forschung. USUMA steht für „Unabhängige Serviceeinrichtung für Umfragen, Methoden und Analysen“ und arbeitet seit 1990 als eingetragenes Markt- und Sozialforschungsinstitut nach anerkannten wissenschaftlichen Methoden. Der Sitz ist in Berlin.⁴

Die Befragungsdauer von über fünf Monaten ist der hohen Fallzahl geschuldet. In Zeiten der Corona-Pandemie hat die lange Befragungsdauer aber auch den Vorteil, dass kurzfristige tagespolitische Ereignisse weniger Einfluss auf die Ergebnisse haben. Der Fragebogen wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellt. Auch die Auswertung der Rohdaten erfolgt durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Befragung erfolgte telefonisch im Dual-Frame-Modus. 40 Prozent der Interviews wurden über Mobilfunk und 60 Prozent über Festnetz geführt. Die Stichprobe wurde nach dem Zufallsprinzip aus den ADM-Auswahlrahmen für Festnetz- und Mobilfunkstichproben gezogen. Eine gezogene Telefonnummer wurde bei Nichterreichen bis zu zehnmal kontaktiert, um auch schwer erreichbare Personen in der Befragung zu berücksichtigen.

In jedem der 401 Landkreise und kreisfreien Städte wurden mindestens 15 Personen befragt, mit einzelnen Ausnahmen, in denen diese Fallzahl nicht ganz erreicht wurde: Wolfsburg: 14, Oldenburg: 14, Ammerland: 13, Friesland: 13, Wittmund: 14, Bremerhaven: 14, Birkenfeld: 14, Eifelkreis Bitburg-Prüm: 13, Kaiserslautern: 14, Zweibrücken: 14, Aschaffenburg: 14, Mittenberg: 14. Da diese Zahl an Befragten für statistische Analysen nicht ausreicht, wurden einige Kreise für die grafische regionale Darstellung von Einstellungen zu Raumordnungsregionen zusammengefasst. Hierfür wurden die Raumordnungsregionen 2017 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2019) genutzt. Da auch manche der insgesamt 96 Raumordnungsregionen noch eine zu kleine Fallzahl aufwiesen, wurden in zwölf Fällen zwei und in einem Fall drei⁵ Raumordnungsregionen zusammengelegt.⁶ Nach Zusammenlegung gibt es noch 82 Regionen, in denen sich jeweils mindestens 45 Befragte finden. Lediglich Bremen weist mit 39 Fällen weniger Befragte auf. Auf eine Zusammenlegung mit umgebenden Raumordnungsregionen wurde jedoch verzichtet.⁷ Für die regionale Darstellung werden die Einstellungsvariablen nach Möglichkeit dichotomisiert, sodass in jeder Zelle mindestens 20 Fälle enthalten sind, was belastbare Schlüsse zulässt.

Durch die Zusammenlegung der Kreise und kreisfreien Städte zu Raumordnungsregionen sind keine Stadt-Land-Unterschiede sichtbar, da in vielen Fällen die kreisfreie Stadt mit dem sie umgebenden Landkreis zu derselben Raumordnungsregion gehört. Mögliche Besonderheiten zwischen Stadt und Land können anhand der vorliegenden Auswertung folglich nicht analysiert werden, sondern müssten separat ausgewertet werden. Frühere Studien können jedoch nur geringe Stadt-Land-Unterschiede feststellen (siehe exemplarisch Pokorny 2020b).

Zusätzlich wurden in Ostdeutschland insgesamt 2.067 Interviews geführt, sodass ausreichend Fälle für Analysen getrennt nach Ost- und Westdeutschland vorhanden sind.

Die Daten wurden nach sozialstrukturellen Merkmalen gewichtet. Zusätzlich wurde die durch die Stichprobe entstandene Überrepräsentation bestimmter Landkreise sowie die leichte Überrepräsentation Ostdeutschlands durch Gewichtung ausgeglichen.⁸ Die Analyse erfolgt ausschließlich mit den gewichteten Daten. Die Umfrage ist repräsentativ für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren.

-
- 1 Die grundsätzliche Nähe oder Ablehnung einer Partei ist eine stabilere emotionale Variable als Wahlergebnisse, die von Wahl zu Wahl teils erheblich schwanken können. Die Nähe zu einer Partei zeigt das grundsätzliche Potenzial dieser Partei, das Wahlergebnis hingegen gibt Auskunft darüber, wie gut diese Partei ihr Potenzial ausgeschöpft hat.
 - 2 Cronbach's Alpha liegt mit 0,72 zwar unter dem Grenzwert von 0,8, ab dem eine Skala als reliabel gilt (Schnell et al. 2005: 153), eine Faktorenanalyse hat aber ergeben, dass alle drei Items nur auf einem einzigen Faktor laden. Daher werden die drei Aussagen zu einem gemeinsamen Index Politikverdrossenheit zusammengefasst.
 - 3 Zusätzlich wurden qualitative Studien durchgeführt, die hier nicht in die Analyse eingehen. Siehe dazu unter anderem Neu (2021). Bei den methodischen Erläuterungen der Studie ergeben sich wortgleiche Überschneidungen mit anderen Publikationen aus diesem Projekt, die nicht jeweils durch Anführungszeichen kenntlich gemacht sind.
 - 4 <https://www.usuma.com/> [abgerufen am: 25.01.2021].
 - 5 Dabei handelt es sich um die Raumordnungsregionen 502 (Soest, Hochsauerlandkreis), 512 (Paderborn, Höxter) und 513 (Olpe, Siegen-Wittgenstein).
 - 6 In einer früheren Studie (Pokorny 2020a) wurde die Stichprobe ebenfalls auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte gezogen und anschließend zu Raumordnungsregionen verdichtet, von welchen wiederum einige zusammengelegt werden mussten, um eine ausreichende Zahl an Fällen pro regionaler Einheit zu gewährleisten. Im Vergleich zu der früheren Studie mussten in der vorliegenden Untersuchung deutlich weniger Raumordnungsregionen zusammengelegt werden, da mehr Personen befragt wurden. Daher sind die regionalen Verteilungen der früheren Studie nur eingeschränkt mit der vorliegenden Publikation vergleichbar.
 - 7 Die Raumordnungsregion Bremen (401) enthält nicht Bremerhaven. Bremerhaven ist in der Raumordnungsregion 303 (Bremerhaven, Cuxhaven, Wesermarsch) enthalten.
 - 8 Eine „politische“ Gewichtung nach Parteipräferenzen erfolgt nicht. Daher können die Ergebnisse insbesondere von der Präferenz bei einer angenommenen Bundestagswahl am kommenden Sonntag („Sonntagsfrage“) von den Ergebnissen anderer Umfragen abweichen. Abweichungen entstehen auch dadurch, dass die vorliegende Umfrage mit mehr Befragten durchgeführt wurde als bei Umfragen zur politischen Stimmung üblich. Daraus ergibt sich auch ein längerer Zeitraum der Erhebung, der wiederum im Vergleich zu sehr kurzfristig durchgeführten Umfragen zu Unterschieden führen kann.

Literaturverzeichnis

- A** Ambrasat, Jens, 2017: Affektive Wahrnehmung von politischen Parteien. Ein Vorschlag zur Messung von positiven, negativen und multiplen Parteiidentifikationen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 69, S. 307–330.
- B** Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2019: Raumordnungsregionen 2017, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/regionen/Raumordnungsregionen/download-karte-a3-2017-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=9 [abgerufen am: 25.1.2021].
- M** Mayer, Sabrina Jasmin, 2015: Die Messung der Parteiidentifikation auf Basis des Ansatzes sozialer Identität. In: Faas, Thorsten/Frank, Cornelia/Schoen, Harald (Hrsg.): Politische Psychologie. PVS Sonderheft 50/2015. Baden-Baden: Nomos, S. 263–286.
- N** Neu, Viola, 2021: Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/des-waehlers-herz> [abgerufen am: 22.3.2021].
- P** Pokorny, Sabine, 2020a: Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/regionale-vielfalten-30-jahre-nach-der-wiedervereinigung> [abgerufen am: 22.3.2021].
- Pokorny, Sabine, 2020b: Ticken Städter anders? Politische Einstellungen in urbanen und ländlichen Regionen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/ticken-staedter-anders> [abgerufen am: 22.3.2021].
- S** Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke, 2005: Methoden der empirischen Sozialforschung. 7., völlig überarb. und erw. Auflage. München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Impressum

Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie in Köln und Florenz. Von 2007 bis 2011 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 war sie Koordinatorin für Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung und seit Januar 2020 ist sie Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny

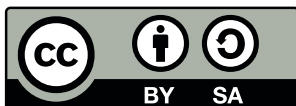
Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3544
sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021, Berlin
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-901-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).